

**Absender
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Drucksachen-Nr.

0082/2010

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

zur Sitzung:

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung,
Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 23.02.2010**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2009 zur
Offenlegung der Pläne für die Umgestaltung der Stadtmitte von Bergisch
Gladbach während der Bürozeiten der Stadtverwaltung**

Inhalt:

Der beigelegte Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wurde in der Ratssitzung vom 17.12.2009 ohne Diskussion an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann verwiesen.

Die Verwaltung nimmt zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Die Stadtverwaltung teilt die Ansicht, dass eine offensive Information der Öffentlichkeit zu den Regionale-Planungen unbedingt weiter erfolgen muss. Die Einbindung von Akteuren und Bürgerschaft ist in der Vergangenheit sehr aktiv verfolgt worden und muss auch weiterhin die Planungen bestimmen, insbesondere wenn es um die konkrete Umsetzung und an die Feinplanung geht. Als sinnvolles Instrument zur Information und Einbindung wurde die Internetseite www.stadtgestalten-gl.de und die die stadt :box in der Stadtmitte geschaffen:

- mit einer regelmäßigen Sprechstunde
- Erläuterungen an Plänen und am Stadtmodell
- mit geführten Rundgängen und der Möglichkeit, Rückmeldung zu geben.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit hat sich diese Form der Information als qualitativ wertvoll bewährt, zumal sie sich auch mit begrenzten Ressourcen umsetzen lässt. Aus Sicht der Verwaltung ist es überdies unbedingt erforderlich, dass die Regionale-Planungen mit Erläuterung von Fachpersonal begleitet werden. Nur so können - insbesondere für Bürgerinnen und Bürger ohne Expertenwissen - qualifizierte Auskünfte erteilt und Rückmeldungen entgegen genommen werden. Eine solch umfangreiche Information während der laufenden Bürozeiten in der Stadtmitte übersteigt dagegen bei weiterem den Ressourceneinsatz, der für Planung und Öffentlichkeitsarbeit des Regionale-Projekts unter den Restriktionen des Nothaushalts vertretbar wäre. (Auch die Ressourcen für Öffentlichkeitsarbeit und Planungskosten müssen im Zuge der finanziellen Konsolidierung des Projekts reduziert werden.) Aus diesen Gründen hält die Verwaltung den Vorschlag der Fraktion DIE GRÜNEN für nicht umsetzbar.

Eine aktive und die Belange der Bürgerschaft berücksichtigende Einbindung der Bevölkerung soll aber - wie oben beschrieben - unbedingt fortgeführt werden.